Verordnung über die Gemeindebeiträge an die Kosten der progymnasialen und gymnasialen Ausbildung während der obligatorischen Schulzeit

Vom 6. Juni 2006 (Stand 1. Januar 2007)

Der Regierungsrat des Kantons Solothurn
gestützt auf § 23 des Mittelschulgesetzes vom 29. Juni 2005¹⁾ sowie auf
§ 34 des Volksschulgesetzes vom 14. September 1969²⁾

beschliesst:

1. Vollzug der Kostenbeteiligung der Gemeinden

§ 1 Zweck

¹ Diese Verordnung regelt die Beteiligung (Besoldungs- und Betriebskostenanteil) der Wohnsitzgemeinden an den staatlichen Kosten für den in die obligatorische Schulzeit fallenden progymnasialen und gymnasialen Unterricht.

§ 2 Geltungsbereich

¹ Gemeindebeiträge sind an die Kosten für den progymnasialen und gymnasialen Unterricht während der obligatorischen Schulzeit an folgenden Schulen zu leisten:

- a) für das 6. bis 9. Schuljahr an den Kantonsschulen Olten und Solothurn;
- b) für das 6. bis 9. Schuljahr an ausserkantonalen Mittelschulen.

§ 3 Bruttobeitrag der einzelnen Gemeinden

¹ Der Bruttobeitrag der einzelnen Gemeinde errechnet sich nach der Formel: Massgebende Schülerzahl der Gemeinde multipliziert mit dem Schulgeldansatz.

§ 4 Massgebende Schülerzahl der Gemeinde

¹ Massgebend ist die Gesamtzahl der Schüler und Schülerinnen pro Wohnsitzgemeinde, die am ersten, im Regionalen Schulabkommen der Nordwestschweizerischen Erziehungsdirektorenkonferenz festgelegten Stichtag³⁾ eines Schuljahrs den Unterricht nach § 2 besuchen.

¹⁾ BGS 414.11.

²⁾ BGS 413.111.

³⁾ Art. 11 RSA 2000: Stichtaten sind der 15. November und der 15. Mai.

413.614

§ 5 *Schulgeld*

¹ Das Schulgeld pro Schüler oder Schülerin entspricht dem Schulgeldansatz für den gymnasialen Unterricht innerhalb der Schulpflicht gemäss Regionalem Schulabkommen der Nordwestschweizerischen Erziehungsdirektorenkonferenz.

§ 6 *Staatsbeitrag*

¹ Vom Bruttobeitrag der Gemeinde ist der Staatsbeitrag in Abzug zu bringen. Die Berechnung des Anteils des Staates richtet sich ausgehend vom Bruttobeitrag der Gemeinde gemäss § 3 analog § 6 des Gesetzes über die Besoldungen der Lehrkräfte an der Volksschule vom 8. Dezember 1963¹⁾ sowie dem Verteilschlüssel für die Klassifikation der Einwohnergemeinden zur Berechnung des staatlichen Anteils an den Lehrerbesoldungskosten vom 21. September 1988²⁾. Massgebend ist die zu Beginn des Kalenderjahres geltende Klassifikation.

§ 7 *Berechnungsperiode und Verrechnung*

¹ Die Berechnung der Bruttogemeindebeiträge erfolgt pro Kalenderjahr.

² Die nach Abzug des Staatsbeitrages nach § 6 verbleibenden Gemeindebeiträge werden mit den Kantonsbeiträgen an die Besoldungen der Lehrkräfte an der Volksschule gemäss Gesetz über die Besoldungen der Lehrkräfte an der Volksschule³⁾ im vierten Quartal des entsprechenden Kalenderjahres verrechnet. Kanton und Gemeinden berücksichtigen die Abrechnung in der Rechnung des aktuellen Kalenderjahres.

2. Übergangs- und Schlussbestimmungen

§ 8 *Änderung von Erlassen*

¹ Die Änderung wurde im entsprechenden Erlass nachgeführt.

§ 9 *Inkrafttreten*

¹ Diese Verordnung tritt am 1. Januar 2007 in Kraft. Vorbehalten bleibt das Einspruchsrecht des Kantonsrates.

Die Einspruchsfrist ist am 17. August 2006 unbenutzt abgelaufen.
Publiziert im Amtsblatt vom 25. August 2006.

¹⁾ BGS [126.515.851.1.](#)

²⁾ BGS [126.515.855.11.](#)

³⁾ BGS [126.515.851.1.](#)